



Globale Sicherheit

Ihr wöchentlicher Ausblick

KW 38

Übersicht

Regional

Globaler Klimastreik in mehreren europäischen Hauptstädten am 24. September

Russland & Belarus

Spannungen mit der Ukraine nach Militärübung Zapad

Regional

Erhöhte Sicherheitsvorkehrungen während des schiitischen Arbäeen Fests am 27. und 28. September

Irak

Gefahr von Gewalt im Vorfeld der Parlamentswahlen im Oktober

Äthiopien & Sudan

Anhaltender Konflikt um Staudamm-Projekt

Kenia

Ernährungsunsicherheit und lokale Konflikte aufgrund anhaltender Dürre

Myanmar

Angespannte Lage und Gewaltausbrüche erfordern strenge Vorsichtsmaßnahmen für essenzielle Reisen

Thailand

Weitere regierungskritische Unruhen, meiden Sie Demonstrationen

Brasilien

Rechtsstreit um indigenes Land führt zu Protesten

Hier werden Sie regelmäßig über sicherheitsrelevante Ereignisse informiert, die in den kommenden Tagen erhöhte Aufmerksamkeit erfordern. Kontaktieren Sie gerne unser Team für weitere Details.

Europa und Zentralasien

Regional

Globaler Klimastreik in mehreren europäischen Hauptstädten am 24. September

Am **24. September** ist in verschiedenen europäischen Großstädten mit Beeinträchtigungen zu rechnen, da ein globaler Klimastreik geplant ist. Die Bewegung Fridays for Future hat zu einem "Globalen Klimaaktionstag" aufgerufen. Es wird erwartet, dass Tausende an den Versammlungen in großen Städten teilnehmen werden.

Vor allem in **Deutschland** sind – nur zwei Tage vor der Bundestagswahl – über 250 Proteste geplant. Auch in anderen europäischen Hauptstädten und kleineren städtischen Zentren, darunter in **Großbritannien, Schweden, Spanien, Frankreich, Italien** und **Polen**, wird es voraussichtlich zu Protesten kommen.

Wie bei früheren klimabezogenen Protesten und Aktionstagen werden sich die Teilnehmer am 24. September wahrscheinlich an zentralen Orten in Städten versammeln und möglicherweise Aktionen des zivilen Ungehorsams durchführen. Ein Beispiel ist eine Blockade wichtiger Straßen und Kreuzungen, wie sie am 30. und 31. August in London zu beobachten war. Die Demonstrationen richten sich in der Regel gegen Organisationen, die für Klimawandel und Umweltverschmutzung verantwortlich gemacht werden, wie zum Beispiel in der Schweizer Hauptstadt Bern und in Zürich (Kanton Zürich) am 6. bzw. 2. August.

Im Vorfeld der UN-Klimakonferenz 2021 (COP26), die im November in Schottland (Vereinigtes Königreich) stattfinden soll, wird es wahrscheinlich häufiger zu Klima-Demonstrationen kommen. Auf der Konferenz der Regierungschefs sollen Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels erörtert und der am 9. August veröffentlichte Umweltbericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses der Vereinten Nationen für Klimaänderungen diskutiert werden.

Die Behörden in den betroffenen Ländern werden möglicherweise zusätzliche Sicherheitskräfte einsetzen, um ungenehmigte Versammlungen zu verhindern. Demonstranten könnten den Zugang zu Bahnhöfen und großen öffentlichen Plätzen blockieren. Angesichts ähnlicher Ereignisse in der Vergangenheit sind Zusammenstöße zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften nicht auszuschließen.

Mitarbeiter in betroffenen Industrien sollten vorsichtig sein und sich im Umfeld der Demonstrationen unauffällig verhalten. Manager in den betroffenen Branchen sollten sich über mögliche Aktionen auf ihrem Betriebsgelände informieren und die Sicherheitsmaßnahmen rund um das Betriebsgelände überprüfen. Manager sollten Mitarbeiter, die nicht vor Ort benötigt werden, dazu anhalten, am 24. September nach Möglichkeit von zu Hause aus zu arbeiten, da Demonstrationen den Zugang zu Firmengebäuden beeinträchtigen können.

Russland & Belarus

Spannungen mit der Ukraine nach Militärübung Zapad

Die groß angelegten Militärübungen („Zapad 2021“), die Russland und Belarus vom 9. bis 16. September gemeinsam abgehalten haben, haben die Spannungen mit der Ukraine verschärft und für Besorgnis über den andauernden Konflikt im Osten der Ukraine gesorgt. Eine wesentliche Verschlechterung der Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine ist jedoch nicht zu erwarten. Die Übungen sind nicht nur eine Demonstration militärischer Stärke, sondern auch eine Gelegenheit, Russlands anhaltende Unterstützung für den belarussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko aufzuzeigen.

Die Militärübungen finden alle vier Jahre statt. Internationalen Medienberichten zufolge waren an den diesjährigen Übungen mindestens 200.000

Soldaten, 80 Kampfflugzeuge, 290 Panzer und 15 Schiffe beteiligt. Diese Zahlen machen sie zu einer der größten von Russland organisierten Übungen in den letzten Jahren. Der russische Präsident Wladimir Putin erklärte, dass sich die Übungen nicht gegen ein spezifisches Ziel richteten, sondern eine Reaktion auf die wahrgenommene Verstärkung der militärischen NATO-Präsenz an den Grenzen zu Russland und Belarus seien. Die Übungen verschärfen die anhaltenden Spannungen zwischen Russland und der Ukraine sowie ihren Verbündeten weiter.

Am 11. September erklärte der ukrainische Präsident Wolodymyr Zelenskij auf dem europäischen Strategiegipfel in Jalta, dass ein umfassender Krieg zwischen der Ukraine und Russland weiterhin möglich sei. Zelensky äußerte sich im Zusammenhang mit erneuten tödlichen Zusammenstößen zwischen prorussischen Separatisten und ukrainischen Streitkräften in der östlichen Grenzregion der Ukraine am 14. September. Zelensky hat die Beendigung des Konflikts in der östlichen Grenzregion zu einem seiner politischen Eckpfeiler gemacht. Der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba stellte fest, dass eine russische "Übernahme" von Belarus die Souveränität und Sicherheit der Ukraine bedrohen würde. Letzterer Kommentar folgte auf die Ankündigung eines milliardenschweren Waffengeschäfts zwischen Belarus und Russland am 12. September.

Die tödlichen Zusammenstöße zwischen prorussischen Separatisten und ukrainischen Streitkräften in der östlichen Grenzregion sind typisch für das Auf und Ab des Konflikts und kein Anzeichen für eine Eskalation. Verstöße gegen die Waffenruhe nehmen in Zeiten erhöhter Spannungen zwischen der Ukraine und Russland tendenziell zu und werden auch weiterhin zu lokal begrenzten Vergeltungsangriffen durch beide Seiten führen. Die Wahrscheinlichkeit direkter Kampfhandlungen zwischen der Ukraine und Russland ist weiterhin gering.

Manager sollten die Entwicklungen genau beobachten und in den kommenden Wochen mit einer Verschärfung der Rhetorik auf beiden Seiten rechnen. Der Konflikt wird sich wahrscheinlich auf die östliche Grenzregion der Ukraine beschränken, aber Manager mit Mitarbeitern in benachbarten Gebieten sollten sicherstellen, dass Eskalationspläne auf dem neuesten Stand sind und vorsorglich umgesetzt werden können. Manager sollten zudem sicherstellen, dass Mitarbeiter, die in Gebieten mit einem EXTREMEM Risiko tätig sind,

für einen längeren Zeitraum mit ausreichenden Vorräten an lebenswichtigen Gütern auskommen können. Dies schließt Lebensmittel, Wasser, Notstrom, Treibstoff, Bargeld und wichtigen Medikamente ein. Überprüfen Sie zudem, ob die lokalen Sicherheits- und Logistikdienstleister in der Lage sind, Bodentransporte und bemannte Wachmaßnahmen zu unterstützen.

Naher / Mittlerer Osten & Nordafrika (MENA)

Regional

Erhöhte Sicherheitsvorkehrungen während des schiitischen Arbaeen Fests am 27. und 28. September

Mitarbeiter in Ländern mit einem hohen Anteil an schiitischen Muslimen sollten sich auf verstärkte Sicherheitsmaßnahmen und damit verbundene Beeinträchtigungen rund um das religiöse Fest Arbaeen am **27. und 28. September** einstellen. Insbesondere im Irak werden voraussichtlich große Versammlungen abgehalten werden. Es besteht ein erhöhtes Risiko von Anschlägen sunnitischer Extremistengruppen gegen schiitische Ziele. Mitarbeiter vor Ort sollten die Zeit, die sie in der Nähe von Veranstaltungen verbringen, daher so kurz wie möglich halten.

Arbaeen bildet den Abschluss der 40-tägigen Trauerzeit nach Aschura, die an den Tod von Imam Husayn ibn Ali, den Enkel des muslimischen Propheten Mohammed, erinnert. Das Fest wird in der Regel mit großen Prozessionen nach Karbala (Irak) begangen, wo sich der Schrein von Imam Husayn befindet. Auch wenn die Art des Gedenkens in der Region unterschiedlich ist, sind ähnliche Veranstaltungen in Bahrain, Irak, Iran, Kuwait, Libanon und Saudi-Arabien zu erwarten.

Erhöhte Sicherheitsvorkehrungen und damit verbundene Bewegungseinschränkungen werden den Reiseverkehr im Irak während der Festtage beeinträchtigen. Am Internationalen Flughafen Bagdad (BGW), dem Internationalen Flughafen Basra (BSR, Gouvernement Basra) und dem Internationalen Flughafen Nadschaf (NJF, Gouvernement Nadschaf) ist mit einem erhöhten Verkehrsaufkommen zu rechnen. Während der Pilgerfahrt werden mehr als 20 000 zusätzliche Sicherheitskräfte eingesetzt. Rund 40 000 ausländische Staatsangehörige, darunter 30 000 Personen aus dem Iran, dürfen an der Pilgerfahrt teilnehmen, müssen aber mit dem Flugzeug in den Irak reisen und die COVID-19-Einreisebestimmungen erfüllen. Im Jahr 2020 hatte der Irak ausländischen Pilgern wegen der Pandemie die Einreise verweigert.

Es gibt Präzedenzfälle für Angriffe sunnitischer extremistischer Gruppen auf schiitische Ziele. In

Ländern wie dem Irak, in denen solche Gruppen, einschließlich des Islamischen Staates (IS), einen größeren Aktionsradius haben, besteht ein erhöhtes Anschlagrisiko. Irakische Medien berichteten am 14. September, dass die Volksmobilisierungseinheiten (PMU) einen geplanten Anschlag des IS auf Pilger im Süden Bagdads vereitelt haben.

Mitarbeiter in Ländern mit großen schiitischen Gemeinschaften sollten die lokalen Bräuche und religiösen Empfindlichkeiten respektieren, da diese während der Festtage tendenziell stärker ausgeprägt sind. Personen, die nicht an den religiösen Zeremonien teilnehmen, sollten entsprechende Versammlungen meiden und die Zeit, die sie in der Nähe schiitischer religiöser Ziele verbringen, aufgrund der Anschlaggefahr möglichst geringhalten.

Irak

Gefahr von Gewalt im Vorfeld der Parlamentswahlen im Oktober

Im Vorfeld der Parlamentswahlen am **10. Oktober** steigt das Risiko von Gewalt gegen politische Kandidaten, Aktivisten und Wähler durch bewaffneten Anhänger rivalisierender politischer Koalitionen sowie Milizen. Auch die Extremistengruppe Islamischer Staat (IS) hat weiterhin die Absicht, Anschläge gegen Ziele im Zusammenhang mit der Wahl zu verüben. Für ausländische Staatsangehörige besteht voraussichtlich keine direkte Bedrohung, aber es besteht weiterhin das Risiko, zufällig in Vorfälle verwickelt zu werden.

In den letzten Wochen kam es zu mehreren Angriffen auf Kandidaten. Am 15. September entkam ein Kandidat in Basra (Gouvernement Basra) unverletzt, nachdem er von drei Unbekannten aus dem Auto heraus beschossen worden war. Am 14. September, wurde ein Konvoi mit einem Kandidaten in Kanaan (Gouvernement Diyala) mit einer Bombe am Straßenrand angegriffen. Der Kandidat blieb unverletzt, aber zwei Sicherheitskräfte wurden verletzt und ein Fahrzeug wurde bei dem Anschlag beschädigt.

Bewaffnete Anhänger rivalisierender Kandidaten und Milizen werden wahrscheinlich auf Einschüchterungen, Entführungen und Ermordungen von Personen zurückgreifen, die sie als Bedrohung ihrer politischen Interessen ansehen. Insbesondere Kandidaten und Aktivisten, die die Proteste gegen die Regierung im Oktober 2019 angeführt haben, werden im Vorfeld der Wahlen

einem erhöhten Risiko ausgesetzt sein. Der IS verfolgt weiterhin die Absicht, Anschläge gegen wahlbezogene Ziele wie Kandidaten, politische Kundgebungen und Wahllokale zu verüben, um den Wahlprozess und das Vertrauen in die Behörden zu untergraben.

Manager sollten in den kommenden Wochen die Entwicklungen im Zusammenhang mit den Wahlen beobachten und sicherstellen, dass die Eskalations- und Business-Continuity-Pläne aktualisiert und schnell umsetzbar sind. Internationale Mitarbeiter und Geschäftsreisende sollten sich mit ihrem jeweiligen Sicherheitsdienstleister in Verbindung setzen, um essenzielle Reisen und Bewegungen zu planen. Halten Sie Aufenthalte in der Nähe von Parteibüros, Kundgebungen und Wahllokalen so kurz wie möglich. Irakische Staatsbürger, die an Wahlveranstaltungen teilnehmen, sollten Vorsicht walten lassen und sicherstellen, dass sie in Notfällen Zugang zu verlässlichen Kommunikationsmitteln haben.

Afrika

Äthiopien & Sudan

Anhaltender Konflikt um Staudamm-Projekt

Die bilateralen Spannungen zwischen Äthiopien und dem Sudan halten an. Insbesondere das Fehlen eines Grenzabkommens in der umstrittenen Region al-Fashqa und der Bau des Grand Ethiopian Renaissance Dam (GERD), der ein zentrales Entwicklungsprojekt Äthiopiens ist, tragen zum Konflikt bei. Die jüngst durch Äthiopien begonnene zweite Auffüllungsphase des Staudamms hat sowohl Ägypten als auch den Sudan verärgert, die auf die Wasserquellen des Nils angewiesen sind. Verhandlungen über einen Betrieb des Staudamms, der für alle Beteiligten akzeptabel wäre, sind bisher erfolglos verlaufen. Die Vereinten Nationen haben zwar alle betroffenen Parteien zu weiterem Engagement für eine Lösung aufgefordert, doch dürften weitere Gespräche kaum Erfolg versprechen. Ein militärischer Konflikt zwischen den beiden Ländern bleibt dennoch weiterhin unwahrscheinlich.

Am 3. September spitzte sich die angespannte Situation zu, als Äthiopien den Sudan implizit beschuldigte, eine angeblich mit der Tigrayan Peoples' Liberation Front (TPLF) verbündete bewaffnete Gruppe zu unterstützen, die den GERD angreifen und den Bau verhindern wollte. Die äthiopischen Sicherheitskräfte erklärten, dass bei dem versuchten Angriff, der aus dem Sudan erfolgte, 50 mutmaßliche Terroristen getötet und 70 Menschen verletzt wurden. Es gibt keine stichhaltigen Beweise, die Äthiopiens Behauptung stützen. Es ist wahrscheinlicher, dass es sich um einen Versuch handelt, den Ruf des Sudans und Ägyptens zu beschädigen oder die heimische Öffentlichkeit von dem anhaltenden Konflikt mit der TPLF und den allgegenwärtigen Spannungen in Äthiopien abzulenken. Es könnte auch ein Versuch sein, Anhänger der Regierung zu mobilisieren und sie gegen interne und externe Gegner aufzubringen.

Trotz der kriegerischen Rhetorik aus Äthiopien bezüglich des GERD und des al-Fashqa-Konflikts, bestehen keine Anzeichen für einen bevorstehenden umfassenden Konflikt. Keines der beiden Länder ist in der Lage, die mit einem grenzüberschreitenden Konflikt verbundenen hohen finanziellen und militärischen Kosten zu tragen. Äthiopien hat erhebliche Ressourcen für den Tigray-Konflikt bereitgestellt und der Sudan

befindet sich inmitten eines fragilen politischen und wirtschaftlichen Übergangs. Während der Auffüllungsphasen des GERD sind weitere Spannungen zu erwarten. Die dritte Auffüllungsphase soll 2022 stattfinden. In der Zwischenzeit werden die Verhandlungen voraussichtlich ohne wesentliche Fortschritte fortgesetzt werden und es wird immer wieder zu feindseliger Rhetorik kommen.

Die Entwicklungen, einschließlich der tödlichen grenzüberschreitenden Zusammenstöße zwischen äthiopischen und sudanesischen Sicherheitskräften in der Region al-Fashqa und im Zusammenhang mit dem GERD, sollten genau beobachtet werden. Dies gilt auch für die äthiopische Rhetorik und die sudanesischen Reaktionen auf Provokationen. Manager sollten sicherstellen, dass ein zuverlässiger Kommunikationsplan vorhanden ist und dass Mitarbeiter im Land wissen, an wen sie sich im Notfall wenden können. Für Reisen außerhalb der städtischen Gebiete in Äthiopien und im Sudan werden strenge Reiseprotokolle empfohlen. Reisen in die Grenzregionen erfordern eine reiseplan- und profilspezifische Risikobewertung.

Kenia

Ernährungsunsicherheit und lokale Konflikte aufgrund anhaltender Dürre

Der kenianische Präsident Uhuru Kenyatta hat am 8. September erklärt, dass die anhaltende Dürre in Kenia eine Naturkatastrophe sei. Die Dürreperiode wird voraussichtlich **bis Dezember** andauern. Die geringen Niederschläge zwischen Oktober und Dezember 2020 sowie März und Mai 2021 beeinträchtigen die Ernährungssicherheit und können zu Konflikten in Gemeinden führen. Die Ernte und der Viehbestand sind insbesondere in den Bezirken im Norden, Nordosten und Osten betroffen, die von jeher anfälliger für Ernährungsunsicherheit sind.

Verschärft wird die Krise durch die nationalen COVID-19-Beschränkungen. Da weniger Arbeitskräfte für die landwirtschaftliche Produktion zur Verfügung stehen, kommt es zu Ernteeinbußen. Darüber hinaus wurden einige Bezirke Anfang 2021 von Schwärmen von Wüstenheuschrecken heimgesucht. Diese Faktoren haben das Nahrungsmittelangebot stark reduziert und zu einer Inflation geführt.

Die Ressourcenknappheit verschärft auch Spannungen innerhalb von Gemeinden, da

rivalisierende Gruppen um Weideland konkurrieren. Im Bezirk Laikipia kam es im September zu einer deutlichen Zunahme von Überfällen, die Berichten zufolge auf die Flucht von Banditen vor Sicherheitsmaßnahmen in Kapedo (Bezirk Turkana) zurückzuführen sind. Es gibt zudem Berichte über einen Zustrom bewaffneter Hirten aus den Bezirken Isiolo und Samburu nach Laikipia. Auch prominente Politiker und Geschäftsleute, die ihren Viehbestand illegal in das Gebiet gebracht haben, sind involviert. Zwei Politiker wurden verhaftet, weil sie zu Angriffen auf konkurrierende Gruppen in Laikipia angestachelt haben sollen. Es ist möglich, dass lokale Politiker weitere Angriffe in ethnisch pluralistischen Gemeinden organisieren, um sich politische Vorteile zu verschaffen, insbesondere mit Blick auf die Wahlen im **August 2022**.

Reisen in die nördlichen Bezirke an der Grenze zu Somalia sollten nur aus wichtigen Gründen erfolgen. Für Mitarbeiter, die diese Orte besuchen, sollte im Vorfeld Sicherheitsunterstützung organisiert werden. Bei Reisen auf dem Landweg in ländliche Gebiete sollten Mitarbeiter angewiesen werden, Fahrten nur bei Tageslicht und in Begleitung eines vertrauenswürdigen Fremdenführers zu unternehmen. Manager sollten sicherstellen, dass Fahrzeuge mit zuverlässigen Kommunikationsmitteln, zusätzlichem Kraftstoff, Ersatzreifen und ausreichend Wasser ausgestattet sind. Mitarbeiter und Geschäftsreisende im Land sollten geschult werden, wie sie sich verhalten, wenn sie mit Gewalt auf kommunaler Ebene konfrontiert werden.

Asien & die Pazifikregion

Myanmar

Angespannte Lage und Gewaltausbrüche erfordern strenge Vorsichtsmaßnahmen für essenzielle Reisen

Während die Entscheidung über das Mandat des Vertreters Myanmars, der der NUG nahesteht, wahrscheinlich auf **November** verschoben wird, dürfte die Situation diese Woche angespannt bleiben. Gerichtsanhörungen der ehemaligen Regierungschefin Aung San Suu Kyi werden am **21. und 24. September** stattfinden. Außerdem ist der **21. September** der letzte Tag des Aufstandes von 1988 und der 27. September der Jahrestag der Gründung der Partei Nationale Liga für Demokratie. An diesen sensiblen Tagen und am Wochenende ist mit einer Zunahme von Gewalt zu rechnen, auch in den großen städtischen Zentren wie der Handelshauptstadt Yangon (Region Yangon) und Mandalay (Region Mandalay). Unabhängig davon werden die Kampfhandlungen in den von Aufständen betroffenen Gebieten, insbesondere in den Regionen Sagaing und Magway, wo es in den vergangenen Wochen zu Zusammenstößen gekommen ist, voraussichtlich weiter eskalieren.

In den vergangenen Wochen kam es vermehrt zu Gewaltausbrüchen wie täglichen Bombenanschlägen und Schießereien an verschiedenen Orten. Die People's Defence Forces gehen weiterhin gegen Einrichtungen und Personal mit Verbindungen zur militärischen Übergangsregierung vor. Auch Angriffe auf die Telekommunikationsinfrastruktur sind nach wie vor an der Tagesordnung. Die meisten Angriffe ereigneten sich in der Region Sagaing, aber auch in den Regionen Magway und Mandalay sowie im Bundesstaat Mon wurden mehrere Angriffe gemeldet. Berichten zufolge wurde das mobile Internet am 14. September an mehreren Orten in den Regionen Mandalay, Magway und Sagaing abgeschaltet. Am 17. September wurden in der Stadt Kayan (Yangon) Stromausfälle nach mehreren Bombenanschlägen gemeldet.

Die Hauptrisiken für Mitarbeiter im Land sind nach wie vor eine zufällige Verwicklung in Gewaltausbrüche sowie eine kurzfristige Unterbrechung der Bewegungsfreiheit und der Telekommunikation. Manager sollten sicherstellen, dass die Business-Continuity-Pläne und Pläne für das

Krisenmanagement an aktuelle und potenzielle Szenarien angepasst sind und die Protokolle für die Notfallkommunikation aktiviert sind. Für essenzielle Reisen sind ein erhöhtes Situationsbewusstsein und robuste Reisepläne notwendig. Es sollten Notfallpläne vorhanden sein. Mitarbeiter im Land sollten sich nur möglichst kurz in der Nähe von Einrichtungen aufhalten, die häufige Angriffsziele sind.

Thailand

Weitere regierungskritische Proteste, meiden Sie Demonstrationen

Für diese Woche sind weitere regierungskritische Proteste und damit verbundenen Unruhen, insbesondere in der Hauptstadt Bangkok und den angrenzenden Gebieten, zu erwarten. Am Wochenende und an bedeutsamen Tagen wie dem **24. September**, dem einjährigen Jahrestag einer Massenkundgebung vor dem Parlament, ist mit großen Demonstrationen zu rechnen. Die Proteste werden wahrscheinlich friedlich bleiben und an beliebten Protestorten wie der Asok-Kreuzung, dem Regierungsgebäude und dem Demokratiedenkmal stattfinden. In der Zwischenzeit wird es voraussichtlich weitere Zusammenstöße von Hardliner-Gruppen wie der "Thalugas"-Gruppe und der Polizei an der Din Daeng Kreuzung geben. Verstärkte Sicherheitsmaßnahmen an der Din Daeng Kreuzung könnten zudem zu Versammlungen und Zusammenstößen an anderen Orten in der Nähe führen.

Unangekündigte und disruptive Proteste finden weiterhin fast täglich an der Din Daeng Kreuzung sowie auf den Mitmaitri und Vibhavadi Rangsit Straßen statt. Die Proteste finden am Abend statt und gehen manchmal auch über die Sperrstunde von 21.00 bis 04.00 Uhr hinaus, obwohl die Gruppe "Thalugas" bereits am 13. September dazu aufgerufen hatte, die Proteste an der Din Daeng Kreuzung einzustellen. Am 16. September veranstalteten Anwohner der Din Daeng Kreuzung eine Gegenkundgebung gegen die Demonstranten, die angeblich ihr Eigentum angegriffen und beschädigt hatten. Weitere Gegenkundgebungen, bei denen es zu Zusammenstößen zwischen Anwohnern und Demonstranten kommen könnte, sind möglich. Darüber hinaus kam es am 19. September nach einem friedlichen "Car-Mob"-Protest von der Asok-Kreuzung zum Demokratiedenkmal zu einem außerplanmäßigen Protest, der an der Nang Loeng Kreuzung zu Zusammenstößen zwischen Demonstranten und der

Polizei führte. Weitere Zusammenstöße in der Nähe der Din Daeng Kreuzung sind in dieser Woche aufgrund der verstärkten Sicherheitsmaßnahmen in diesem Gebiet möglich.

Unternehmen sollten weiterhin regelmäßig ihre Notfall- und Business-Continuity-Pläne überprüfen und die relevanten Indikatoren für mögliche Veränderungen im Sicherheitsumfeld verfolgen. Manager sollten sicherstellen, dass ihre Mitarbeiter Zugang zu aktuellen, zuverlässigen und überprüften Informationen über die Sicherheitslage an ihren Standorten haben. Mitarbeiter im Land sollten alle Versammlungen meiden, da auch für Unbeteiligte ein Risiko durch mögliche Unruhen besteht.

Nord- und Südamerika

Brasilien

Rechtsstreit um indigenes Land führt zu Protesten

In dieser Woche hat ein laufender Rechtsstreit über den rechtmäßigen Landbesitz durch indigene Völker in Brasilia mögliche Auswirkungen auf das Sicherheitsumfeld. Der öffentlichkeitswirksame Prozess, der seit seiner Eröffnung am 26. August bereits vier Mal verschoben worden wurde, sollte am 15. September vor dem Obersten Bundesgericht (STF) fortgesetzt werden. Er wurde diese Woche jedoch erneut verschoben, nachdem einer der Richter um mehr Zeit gebeten hatte. Es wurde kein neues Datum für den Prozess festgelegt.

In dem Verfahren geht es um das Recht der Regierung, Land zu beanspruchen, das sich zum Zeitpunkt der Verfassungsratifizierung im Jahr 1988 nicht im Besitz indigener Gruppen befand. Die in den Fall verwickelten indigenen Gruppen behaupten, dieser Anspruch sei verfassungswidrig, da dieses Kriterium nicht in der Verfassung festgelegt wurde und viele von ihnen zu diesem Zeitpunkt von ihrem Heimatland vertrieben worden waren.

Seit dem 22. August sind indigene Gruppen aus dem ganzen Land in die Hauptstadt Brasilia gereist, um die Entscheidung in dem Prozess abzuwarten und auf ihr Anliegen aufmerksam zu machen, da die Entscheidung Auswirkungen auf ihre Lebensgrundlagen haben könnte. Bis zu 1000 Teilnehmer haben auf dem Platz der drei Mächte in Brasilia demonstriert und zelten auf der Esplanade der Ministerien.

Die Proteste und damit verbundenen Demonstrationen werden wahrscheinlich auch nach der jüngsten Verschiebung des Prozesses fortgesetzt. In dieser Woche ist mit Demonstrationen an den oben genannten Orten und vor anderen Regierungsgebäuden, einschließlich des Bundesgerichtsgebäudes, zu rechnen. In der Nähe von Regierungsgebäuden und öffentlichen Plätzen ist mit einer erhöhten Sicherheitspräsenz zu rechnen. Die Proteste werden wahrscheinlich gut besucht sein und können aufgrund des emotionalen Charakters des Prozesses zu Unruhen führen.

Mitarbeiter in den betroffenen Gebieten sollten die Entwicklungen beobachten und mögliche Beeinträchtigungen durch Demonstrationen bei ihrer Reisplanung berücksichtigen. Personen, die an Veranstaltungen teilnehmen, sollten Vorsicht walten lassen und das Gebiet bei den ersten Anzeichen von Unruhen verlassen. Reisende sollten nicht versuchen, von Demonstranten errichtete Straßensperren zu durchqueren, da dies feindselige Reaktionen hervorrufen könnte. Erkundigen Sie sich bei lokalen Ansprechpartnern, ob Straßen offen sind, wählen Sie Routen unter Umgehung der die Protestorte und planen Sie zusätzliche Zeit ein.